

Ungedecktes Scheingeld ersetzt keine Energie

[NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)

NAEB 2222 am 23. Oktober 2022

Ein Industrieland braucht Energie und kein Scheingeld, das fortlaufend entwertet und immer weniger akzeptiert wird. Die Bundesregierung muss bezahlbare Energie bereitstellen, statt die Inflation anzuzüchten.

Die Bundesregierungen haben in den letzten 20 Jahren auf Druck der Grünen mit der Energiewende und Energiesteuern die Kosten immer weiter in die Höhe getrieben. Die höchsten Strompreise aller industrialisierten Länder vertreiben schon lange energieintensive Betriebe in Länder mit geringen und berechenbaren Energiekosten. Bis zur militärischen Spezialoperation der Russischen Föderation in der Ukraine war dies ein schleichender Prozess, vor dem die Bundesregierung und die sie stützenden Parteien die Augen verschlossen haben. Die BRD sei Exportweltmeister und ein reiches Land, hieß es immer wieder.

Mit dem Embargo gegen Russland, das auch die preiswerten Gas-, Erdöl- und Kohliefernungen verhindert, gibt es einen akuten Gasmangel in der BRD. Für Erdöl und Kohle konnten weitgehend andere Lieferanten gefunden werden, die allerdings wesentlich höhere Preise verlangen. Für Gas ist das unmöglich, weil dafür Rohrleitungen aus den Fördergebieten fehlen. Die BRD erhält zurzeit noch knapp 50 Prozent ihres Gasbedarfs aus den Niederlanden und aus Norwegen. Die Niederländer drosseln ihre Gasproduktion, weil es vermehrt zu Bauschäden durch Erdabsenkungen über den Gasfeldern kommt. Die Gasförderung in der norwegischen Nordsee ist unzureichend für eine Vollversorgung der BRD.

Preiswertes Erdgas aus Russland

Erdgas aus Russland war und ist neben deutscher Braunkohle der preiswerteste Energieträger. Viele Betriebe haben ihre Wärme- und auch Stromversorgung auf Gas umgestellt. Kohlekraftwerke wurden durch Gaskraftwerke ersetzt. Der akute Gasmangel durch den Verzicht auf russisches Gas hat zu Preissprüngen bis zum Zehnfachen geführt. Bäcker mit Gasöfen arbeiten seit 2022 unwirtschaftlich und müssen ihre Betriebe schließen. Die Stromkosten steigen weiter, weil Gaskraftwerke gebraucht werden, um die wetterabhängig stark schwankende Fakepower aus Wind- und Solarstrom bedarfsgerecht zu regeln. Immer mehr Unternehmen sind wegen der hohen und unkalkulierbaren Energiekosten zahlungsunfähig und müssen aufgeben.

Rund die Hälfte aller Haushalte in der BRD haben Gasheizungen. Etwa ein Viertel heizt mit Öl. Ohne Strom fallen die Gas- und Ölheizungen aus, denn sie haben elektrische Zündungen, Umwälzpumpen und Steuerungen. Sie kurzfristig auf andere Energieträger umzustellen, ist unmöglich. Im kommenden Winter drohen kalte Wohnungen, weil zu wenig Gas verfügbar ist und die Gefahr von Stromausfällen wächst. Die fast vollen Speicher reichen nur für 2 Monate. Bei einer anhaltenden Kältewelle wird die Zeit noch kürzer.

Gas ist unverzichtbar

Knappe Angebote erhöhen den Preis. Dies gilt im besonderen Maß für Erdgas nach dem Wegfall der Lieferungen aus Russland. Die Gaspreissteigerungen überfordern immer mehr Betriebe und Haushalte. Bei BASF (Chemieriese) wurde inzwischen ein intensives Sparprogramm wegen der Energiekosten aufgesetzt. Am Hauptstandort Ludwigshafen steigen laut NAEB-Berechnungen die Gasbezugskosten von 740 Millionen EUR im Jahr 2019 auf 3,7 Mrd. EUR in 2022 (bei einem Jahresumsatz von ca. 25 Mrd. EUR, BASF SE).

Was ist der Unterschied zwischen der Titanic und der Europäischen Union? Als die Titanic sank, hatte sie Strom ...

Netzfund [1]

Die Ampelregierung will mit Geld diese Kostensteigerungen hemmen. 200 Milliarden Euro oder 2.500 Euro pro Einwohner sind dafür eingeplant, die zur Staatsverschuldung hinzukommen und die Inflation beschleunigen. Mit dem Geld soll weltweit teures Gas eingekauft und verbilligt an deutsche Verbraucher abgegeben werden. Doch wem soll Geld helfen, wenn kein Gas verfügbar ist? Weder die Gasverflüssigungsanlagen in den Fördergebieten, noch die Gastankerflotte und die erst noch zu bauenden Gasterminals in der BRD reichen zur Deckung des Bedarfs aus.

Aufgabe der Bundesregierung sollte es sein, zunächst für genügend Gas zu sorgen. Erst dann kann über Finanzhilfen zur Bezahlung nachgedacht werden. Der Flüssiggasanleger in Wilhelmshaven und die Anbindung an das Gasnetz ist eine richtige Maßnahme, die in sechs Monaten realisiert wird. Zum Jahresende von 2022 soll das erste Gas angelandet werden. Das ist jedoch zu wenig, um die Ausfälle aus Russland zu ersetzen. Die zusätzliche große Nachfrage der BRD wird die Gaskosten weiter in eine Höhe treiben, die für Entwicklungsländer unbezahlbar ist. Ideologiefrei müssen viele weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Beschaffung

Nach den derzeitigen Erkenntnissen wird es über viele Jahre noch einen Gasmangel und hohe Preise geben. Gasverbraucher müssen prüfen, ob sie auf Erdöl oder Kohle ausweichen können. Für die Stromerzeugung ist das sinnvoll. Die Gaskraftwerke müssen von reaktivierten Kohlekraftwerken abgelöst werden. Am günstigsten ist die Verstromung aus heimischer Braunkohle. Damit werden niedrige Strompreise und Unabhängigkeit vom Ausland erreicht.

Eine sichere und preisgünstige Beschaffung von Erdgas ist in der BRD nur durch Fracking möglich. In dem Schiefergestein lagern Gas und Öl für Jahrzehnte. Es wird spannend, wann sich die Bundesregierung dazu durchringt, diese Bodenschätze zu heben. Die hohen Steinkohlepreise können zu einer wirtschaftlichen Förderung in der BRD führen. Der Aufschluss neuer Zechen sollte überdacht werden.

Bezahlbarkeit

Statt der geplanten Finanzierungshilfen für teure Energie sollten die riesigen Kosten der Energiewende von mehr als 50 Milliarden Euro jährlich hinterfragt werden. Die Energiewende zur Minderung der CO₂-Emissionen aus unterirdischen Brennstoffen sei für die Weltklimarettung erforderlich, behaupten die ideologischen Verfechter. Mehr CO₂ in der Luft soll vermeintlich zu einer kritischen Erderwärmung führen. Mehr CO₂ verbessert aber auch den Pflanzenwuchs. Danach muss es einen optimalen CO₂-Gehalt in der Luft geben, der einen ausreichenden Pflanzenwuchs erwarten lässt. Einen solchen Wert hat weder der Weltklimarat veröffentlicht noch wurde darüber auf den vielen Weltklimakonferenzen diskutiert. Ohne diesen Richtwert ist eine vermeintliche "Klimarettung" und damit die Energiewende Makulatur. Niemand kann eine Statistik "retten". Diese Ideen sind komplett schwachsinnig.

Mit der Beendigung der Energiewende kann die Energie um mindestens 50 Milliarden Euro im Jahr verbilligt werden. Dazu müssen die CO₂-Bepreisung und die Subventionierung der Fakepower werden. Mit diesen Maßnahmen kehrt die BRD wieder zu bezahlbaren Energiekosten zurück.

Forderung an die Politik

Die BRD hat mit der Energiewende die Kosten der industriellen Fertigung und der Lebenshaltung weit über den Durchschnitt der Industriestaaten in die Höhe getrieben. Viele Industriebetriebe haben ihre Produktionen in Länder mit preiswerter und berechenbarer Energie verlagert. Die militärische Spezialoperation der Russischen Föderation in der Ukraine war Anlass, die Kohle-, Erdöl- und Erdgasimporte aus Russland zu stoppen. Russland sollte damit wirtschaftlich geschädigt werden. Doch mit dem daraus resultierenden Energiemangel wird in der BRD Wohlstand vernichtet und Betriebe werden stillgelegt, während Russlands Währung durch den Energieverkauf in andere Länder stabiler wird. Das Embargo versagt für Energie völlig.

Die BRD muss sich verstärkt auf ihre eigenen Energiequellen stützen, um weniger erpressbar zu sein. Die Fakepower aus sogenannten regenerativen Energien ist völlig sinnfrei. Deren Nutzung ist ein volkswirtschaftlicher Verlust. Scheingeld und staatliche Verschuldung erhöhen die Energiekosten. Nur eine sachliche Energiepolitik macht Energie wieder bezahlbar.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Netzfund zu Titanic und EU
[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

